

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Postgebühr vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk. Postkontokonto Nr. 53 477.

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18003.

**Inserate** kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plagvorkauf 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtaufgabe 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Eberts Belagerungszustand. — Verhandlungen in Berlin.

### Wähler und Wählerinnen!

Am 19. werdet Ihr die verfassungsgebende Versammlung wählen. Das deutsche Volk ist endlich frei. Kein Kaiser, kein Bundesrat kann mehr das Selbstbestimmungsrecht des souveränen Volkes vernichten. Die Nationalversammlung, die Ihr alle, Männer und Frauen, in voller Freiheit wählen werdet, wird unsere Verfassung festsetzen, aber die künftige Gesellschaftsordnung die Entscheidung treffen. Ihre Zusammensetzung ist von größter Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes. Die ersten Wahlen müssen zunächst

#### Wahlen der Abrechnung

sein. Ihr müßt Euch nicht scheuen, die den Krieg verschuldet haben. Ihr müßt Rechenschaft fordern von denen, die das ungeheure Verbrechen der Kriegsverbrechen verübt haben. Hunderttausende tote und verletzte, hunderttausende Witwen und Waisen beweinen ihre Ernährer, hunderttausende Krüppel wandeln als Zeugen des Verbrechens unter uns. Wir alle leiden unter den Folgen des entsetzlichen Krieges.

Darum, fort mit jenen, die diesen Krieg verschuldet haben! Fort mit den Alibideutschen, die ihn herbeigeführt haben, um ihre Raubgier befriedigen zu können. Fort mit den Konservativen und Nationalliberalen, die durch das Weltkriege zu Wasser und zu Lande Deutschland allen Völkern als Gefahr erscheinen lassen. Fort mit den Fortschrittler, die längst ohne eigene Politik im Gefolge der andern einhertröteten. Fort mit ihnen allen, unter welchen Firmennamen sie sich zu verstecken suchen, ob sie sich Volkspartei oder bürgerliche Demokratie nennen.

Sie alle tragen Schuld am Kriege, sie alle haben während des Krieges die verbrecherische Politik des Größenwahnsinnigen Ludendorff, des erbärmlichen Kaisers und seiner Kanakal bedenkens- und gewissenlos gebilligt. Sie alle haben im Sinecure sich nach Erhebungen heifer geschrien, waren bereit, das Recht der Völker unter den preussischen Kommissarien treten zu lassen. Das deutsche Volk braucht den Frieden, aber die bürgerlichen Parteien, die den Frieden der Verewaltung gewollt und gewünscht haben, sind nicht die richtigen Unterhändler, um das deutsche Volk nach der Niederlage seiner Generale und seiner Regierung vor einem Vergewaltigungsfrieden zu schützen.

Nur wir unabhängigen Sozialdemokraten haben das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes anerkannt, ebenso wie das aller andern Völker. Nur wir haben von allem Anfang die

#### Verdrängung des schändlichen Nordens

verlangt und jede Annexion als schandliches Verbrechen gebrandmarkt. Nur wir bringen die demokratischen und Arbeiterparteien des Nordens das Vertrauen entgegen, das die Grundpläne des künftigen Völkerbundes und der allgemeinen Abrüstung sein muß.

Dieses Vertrauen wird auch den Rechtssozialisten verlangt, denn auch sie sind mitschuldig an der Verdrängung des Krieges. Sie haben immer wieder die Friedensverträge bewilligt, auch, als es schon längst klar geworden war, daß die Regierungen keinen Verteidigungsplan, sondern einen Eroberungsplan führen wollten. Als wir unabhängigen Sozialdemokraten einen Frieden auf Grund des Selbstbestimmungsrechts, einen Frieden ohne Entschädigung und ohne Annexionen verlangten, haben sie uns verhöhnt und verspottet und die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Türkei proklamiert, die nur durch die Vergewaltigung anderer Nationen ihre Existenz stiften konnten. Für die Polen, Tschechen und Slowaken in Deutschland selbst wollten sie vom Selbstbestimmungsrecht nichts wissen. Sie haben nicht nur jede eneralsche Opposition gegen den Krieg abgelehnt, sie haben auch und die Möglichkeit entschiedenen Aufstrebens rauben wollen und uns lieber an der Partei gebrängt, als ihre schändliche Kompromisspolitik aufgeben. Sie haben ebenso wie die bürgerlichen Deutschland vor der Welt moralisch kompromittiert.

Wir unabhängigen Sozialdemokraten sind von der ersten Stunde des Krieges an unerschütterlich den Prinzipien der Demokratie und der sozialistischen Internationale treu geblieben. Eben deshalb sind wir als Vertreter am Deutschen Reichstag und verfocht worden. Eben darum sind wir aber auch jetzt die, die von den andern Völkern gehört werden, wenn wir für uns fordern, was wir allen andern zugestanden haben: den

#### Frieden ohne Annexionen und Eroberungen

auf Grund des freien Selbstbestimmungsrechts für alle Völker.

Dieses freie Selbstbestimmungsrecht muß uns vor allem auch bewahrt werden für die Gestaltung unseres Geschicks im Innern. Die Erfüllung unserer sozialistischen Pflicht während des Krieges hat viele Früchte getragen. Unsere Arbeit gegen den Krieg war Arbeit für die Vorbereitung der Revolution. Was die Soldaten und Matrosen begannen, haben unter Führung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die Arbeiter vollendet. Die alten Gewalten sind gestürzt, die Unterherrschaft ist zerbrochen, der Militarismus liegt am Boden, und nie mehr soll seine Herrschaft wieder über das deutsche Volk errichtet werden.

Internationale Streitigkeiten soll der Völkerbund der freien Nationen durch seine internationalen Schlichterentscheidungen. Die Gewalt soll wie im Innern der Staaten, so auch

außen nicht mehr entscheiden dürfen. Sowie noch innerhalb der Neuordnung ein Heer nötig ist, soll es ein freies Volksheer

sein mit ganz kurzer Dienstzeit, ohne Offizierprivilegien, ohne Beschränkung der Bürgerrechte der Soldaten, ohne Kadavergehorsam.

Wir fordern die unverzügliche Beilegung der Reste der sterbenden Armee, die völlige Demobilisierung. Wir verwerfen als undemokratisch und unsozialistisch den Appell an die alten Gewalten, der bereits zu dem schändlichen Blutbad vom 24. Dezember vor dem Berliner Schloß geführt hat. Erlöst von der Herrschaft der Gewalt, wollen wir uns den Aufgaben der Kultur, der Höherentwicklung der Menschheit widmen.

Die Schule muß befreit werden von jeder kirchlichen Bevormundung. In den Mittelpunkt des Lehrplanes soll der Arbeitsunterricht gerückt werden. Die Bildungsprivilegien müssen fallen und allen Benachteiligten in die höchsten Bildungsanstalten ermöglicht werden.

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit muß jedem Mann gesichert werden. Dem Gläubigen bleibt es unbenommen, nach den Lehren seiner Religion zu leben. Ebenso aber kann kein Ungläubiger gezwungen werden, seine Kinder in einer fremden Religion zu erziehen oder mit seinen Mitteln zu einer ihm fremden Kirchengemeinschaft beizutragen. Kein staatlicher Zwang soll künftig die Macht der Kirche vermehrten. Deswegen verlangen wir die Trennung der Kirche vom Staat und die Trennung der Schule von der Kirche.

Frei sind wir im Innern, frei wollen wir bleiben. Die demokratische Republik, die wir errichtet haben, muß ausgebildet werden zur

#### sozialistischen Gesellschaft.

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen soll aufhören, die Klassen müssen verschwinden, erstehen soll die Gesellschaft der Freien und Gleichen.

Um das arbeitende Volk von der wirtschaftlichen Ausbeutung zu befreien, muß die kapitalistische Produktionsweise beseitigt, die sozialistische Neuorganisation der Gesellschaft aufgebaut werden. Das bedeutet eine Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse. Das Eigentum der Bauern und des Handwerlers wollen wir nicht antasten, aber das Eigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln, die Monopole der Bergwerke an den Bodenschätzen, der Kapitalisten der Großbanken, der Grundbesitzer des Adels, der Kirche und der Kapitalisten, das auch dem Volke wiedergegeben werden. Eigentum der Gemeinschaft soll werden, was heute das Eigentum der Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzer ist. Eine große Reihe der wichtigsten Industriezweige ist für die Verstaatlichung reif und kann sofort sozialisiert werden. Die Sozialisierung dieser Zweige gestattet die immer umfassendere Ansiedlung neuer Produktionsgebiete und die immer stärkere Zurückdrängung des Privatbetriebs. So soll der Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsform entstehen.

In allen Betrieben muß die volle Demokratie durchgeführt werden. Dazu bedarf es der Erhaltung des

#### Systems der Arbeiterräte.

das gesetzlich festzulegen und auszubauen ist. Die Festimmung der Arbeitslöhne, der Arbeitszeit, die Verteilung von Unfällen muß der Mitwirkung der gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten unterliegen. Sie müssen an der Leitung der Betriebe, an der Verbesserung der technischen Einrichtungen mitwirken können und Einblick in die Geschäftsführung erhalten. Für die Führung der ganzen Wirtschaft muß das Gesamtinteresse der Gesellschaft allein entscheidend sein, nicht mehr die Einzelstellung des kapitalistischen Profits.

#### Die sozialistischen Prinzipien müssen in der neuen Verfassung

verankert werden, die das volle Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes zum ungeschwächten Ausdruck bringen muß, an dessen Ausübung jeder Staatsbürger, Mann und Frau, in gleicher Weise Anteil nimmt.

Deshalb, Wähler und Wählerinnen, stimmt für die Listen der Unabhängigen Sozialdemokratie. Stimmt für die Vertreter der Arbeit! Die bürgerlichen Parteien vertreten, was sie immer sagen, die Interessen des Besitzes! Sie sagen Christentum und meinen den Besitz der Kirche, die Macht des Klerus. Sie meinen sich national, und sie wollen lieber Deutschland zerreißen und zerstücken, als das Kapitalmonopol gefährdet sehen. Und die Führer der Rechtssozialisten finden nicht die Energie, um den Kampf für die reiflose Durchsetzung der Interessen des arbeitenden Volkes bis zum Ende zu führen.

Deshalb rufen wir Euch! Wollt Ihr den Sozialismus, wollt Ihr die Erfüllung der großen Ideale der internationalen Arbeiterbewegung, wollt Ihr, daß alle politische und ökonomische Unterdrückung ein Ende habe für immer, wollt Ihr Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wollt Ihr die Verbrüderung der Menschheit, dann sammelt Euch unter dem unbesiegbaren roten Banner der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands!

### Wählet am 19. Januar Unabhängige Sozialdemokraten!

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

### Neue Straßenkämpfe.

#### Allgemeiner Massenstreik. — Die Regierung greift zur Gewalt.

Vom Montag wird uns aus Berlin berichtet:

Der Kampf, den die Ebert-Regierung durch ihr dreifaches Vorgehen gegen den Polizeipräsidenten Eichhorn hervorgerufen hat, hat stärkere Formen angenommen. Die Demonstrationen kamen während der ganzen Nacht nicht zur Ruhe und setzten heute in aller Frühe mächtig wieder ein. Die Besetzung der bürgerlichen Zeitungen durch revolutionäre Arbeiter lenkte auch die Aufmerksamkeit des schwerfälligen und ruhebedürftigen Speichbürgers auf die Ereignisse und zwang ihn wider seinen Willen Stellung zu nehmen. Der Vorwärts erschien als „Organ der revolutionären Arbeiterpartei Berlins“. Das technische Personal, das sich noch gestern weigerte, unter der neuen Zeitung weiterzuarbeiten, hat heute seinen Widerstand ausgegeben. Die neue Redaktion, die durch ein starkes Militärangebot geschützt wird, ist entschlossen, den Vorwärts nicht mehr aus der Hand zu geben.

Vom frühen Morgen an begannen

#### gewaltige Demonstrationen.

Die revolutionären Elemente hatten gestern Abend den Massenstreik proklamiert. Heute, 10 Uhr vorwärtags, hatten sich die Arbeiter abermals in der Siegesallee eingefunden, in noch weit stärkerer Zahl als am gestrigen Sonntag. Auch heute war das Militär besonders zahlreich erschienen. Die Erregung der Massen war aufs höchste gesteigert. Sie entließ sich in Verwünschungen gegen die Ebertregierung. Der Zug, der sich gegen Mittag formierte, darf auf mindestens hunderttausend Mann geschätzt werden. An der Ecke der Wilhelmstraße, wo die Regierung ihren Sitz hat, kam es bei den Versammlungen mit Anhängern der Regierungspartei, die indes noch keine ernstlichen Folgen zeigten.

#### Ausgebung der Regierungsozialisten.

Auch die Regierung hatte durch ein Flugblatt ihre Anhänger zum sammelrufen, um sich ein Vertrauensvotum anstellen zu lassen. Sie versammelten sich vor dem Reichstagsparlament. Sie trugen Plakate mit den Aufschriften: „Gegen Spartakus!“ „Für die Regierung Ebert-Scheidemann!“ „Für die Nationalversammlung!“ Die Versammlung stellte eine bunt zusammengewürfelte Menge von Männern und Frauen dar, deren äußeres Gepräge und Gebaren die „antibürgerliche“ Herkunft verriet. Gegen 11 Uhr zeigte sich Scheidemann an einem Fenster. Er sagte: Die Schweinerei, die in Berlin herrscht, müsse endlich aufhören. Es gehe nicht an, daß eine Minderheit einer Mehrheit ihren Willen aufzwinge. Die Regierung stünde vor folgenschweren Entscheidungen ab, daß die Regierung mit aller Energie gegen die Minderheit vorgehen werde, auch mit Gewalt, wenn es sein müßte. Die Regierung würde nicht nur die Soldaten, sondern auch Arbeiter zum Kampfe aufrufen. Auf vereinzelte Rufe: Waffen, Waffen! erwiderte Scheidemann mit erhobener Stimme:

Zwischl, wir werden diese Massen austilgen! Natürlich nicht mit einem Knüttel, sondern mit Waffen. Die Regierung wird bald die Parole dazu ausgeben.

Nachdem die revolutionären Arbeiter die Betriebe verlassen hatten, erklärten auch die Rechtssozialisten den Massenstreik. Sie wiederholten also dieselbe Komödie, die sie am Tage des Revolutionsausbruchs gespielt haben.

Die Arbeitlosen, die schon vorher auf den heutigen Tag Versammlungen angelegt hatten, erklärten sich in ihren Kundgebungen, an denen sich viele Tausende beteiligten, gegen die Ebertregierung.

#### Polizeipräsident Eichhorn bleibt!

Genosse Eichhorn hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß er seit Amt von den revolutionären Arbeitern Berlins erhalten habe und nur sie das Recht hätten, ihn zu entlassen. Er sei kein Beamter der Regierung, sondern der Vertrauensmann des Berliner revolutionären Proletariats.

Das Berliner Polizeipräsidium war heute wiederum das Ziel einer großen Menge Kugleriger. Das Präsidium ist stark bewacht. Die Mannschaften sind mit Gewehren und Handgranaten versehen. Im Gebäude selbst herrscht peinliche Ordnung und Ruhe. Die weniger wichtigen Bureaus sind vorläufig geschlossen. Die Mannschaften des Präsidiums stehen unbedingt zu ihrem Präsidenten. Fortwährend erscheinen Bände revolutionärer Arbeiter, ihrem Genossen Eichhorn ihr Vertrauen und ihre Solidarität zu bekunden. „Hoch Eichhorn!“, „Hoch die Revolution!“, „Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann!“ laut es zu dem Präsidenten herauf.